

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,  
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,  
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF ( IGAS )

Eichwalde, den 30.Juni 2019  
Az.: Io + EG

## P R E S S E - I N F O R M A T I O N

Wieder: ein Pro-BER-Argument geplatzt !

"Immobilien-Wertsteigerung durch den BER !" ? - ein Arnenmärchen !

Das Gegenteil ist augenscheinlich der Fall -

Aber sind Immobilien-Blasen-Förderer zu Werke ?

- zu den aktuellen MAZ-Pressemeldungen gemäß Anlage -

Lange Zeit schon will man uns weis machen, wegen des BER würden die Grundstückspreise steigen. Aber dem ist nicht so :

Aus dem Beitrag "Rekordstand. Baulandpreise steigen rasand. Um knapp 30% sind die Preise für Bauland in den Speckgürtelgemeinden des Landkreises Dahme-Spreewald gestiegen - und das innerhalb eines Jahres" ( A n 1 . 1 ) geht etwas anderes hervor: Die Lage des Grundstückes ist entscheidend, wenn für Zeuthener Wassergrundstücke schon bis zu 550 €/m<sup>2</sup> gezahlt werden. Und dafür, daß Schönefeld mit seinen 16000 Einwohnern fast eine Drittel-Milliarde € an Grundstücksgeschäften umsetzte, also mehr als Cottbus, dürfte eher die z.Z. stark wachsende Wahrscheinlichkeit gemäß Baumängeln und Rechtslage, daß der BER niemals eröffnen kann wie geplant, zutreffender sein, als die Hoffnung auf eine BER-Eröffnung - wann auch immer.

Eine bessere Erklärung geht auch aus dem Beitrag "Immer mehr Brandenburger zieht es in die Städte ..." ( A n 1 . 2 ) hervor, denn dies gilt allgemein, also auch für Städte ohne Flughafen !

Und es gibt immer mehr Rentner ! Und viele Berufstätige als "Aufstocker". Die Folge der aktuellen Entwicklung für Mieter zeigt der Beitrag "Was passiert am Wohnungsmarkt ? Das Angebot für einkommensschwache Mieter verringert sich" ( A n 1 . 3 ) plastisch. Wohnen im Grünen und eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel sind die Hauptwünsche von Mietern und Käufern - aber für sie teils schon unbezahlbar !

Daß sich diese Entwicklung weltweit vollzieht, geht aus A n 1 . 4 hervor.

Die Immobilien-Wertsteigerung ist keine flughafenspezifische, sondern eine systemrelevante Erscheinung in finanzpolitisch unsicheren Zeiten !

Hier in Deutschland bedeutet deshalb die Absicht der Politik, künftig wegen eines Spruches des Bundesverfassungsgerichtes zu Einheitswerten die Grundsteuer nach dem Grundstückswert zu bemessen, eine Gefahr, die es abzuwenden gilt. Denn die exorbitanten Grundstücks-Wertsteigerungen im Speckgürtel könnten finanzschwache Kommunen dazu verleiten, bei der Grundsteuer kräftig zuzulangen. Dies aber könnte deshalb zur Gefahr werden, weil die jährlichen Einkommenssteigerungen nur einen kleinen Bruchteil der Grundstücks-Wertsteigerungen betragen.

Da sich stark erhöhte Grundsteuern auch auf die Mieten auswirken, müssen unsere Abgeordneten sichern, daß es wegen der enormen Grundstücks-Wertsteigerungen nicht zu weiteren Vertreibungen von Mietern und Eigentümern aus ihrem Heim kommt, denn 2018 betrug die Zahl der Wohnungslosen bereits etwa 1,2 Millionen !

Bei dem Beschließen der neuen örtlichen Hebesätze zum Immobilienwert kommt deshalb den neuen Gemeindevertretern und Stadtverordneten eine große Verantwortung zu, diese richtig und sozial verträglich festzulegen.

Wodurch kommt es aber nun zu derart hohen Wertsteigerungen ?

Die gegenüber dem Angebot an Wohnungen und Immobilien weit höhere Nachfrage ist neben der Landflucht in Städte und deren Umland aus arbeitsplatzrelevanten Gründen und auch die Entwertung von Pensionsfonds usw. durch die Null-Zins-Politik der EZB sind gegebener Grund, weil dadurch Vermögensbesitzer, Spekulanten und Geldwäscher nach wertsteigernden anderen Möglichkeiten Ausschau halten. Dies nicht nur wegen der €-Entwertung durch Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB, sondern auch wegen der €-Zonen-Erweiterung durch immer BIP-schwächere Länder in den vergangenen Jahren und auch wegen des Brexits, der Gelbwesten-Proteste in Frankreich und der immer desolateren Finanzlage Italiens, die den € gefährden und eine Geldanlage in Immobilien nahe legen. Und auch die Welt-Finanz- und - Wirtschaftskrise ist ja noch nicht endgültig behoben, denn es lagern noch immer das Welt-BSP um ein VIELFACHES ÜBERSTIEGENDE FINANZ-DERIVATE IN VIELEN BANKEN, WELCHE EIN GROßES RISIKO-POTENTIEL VERKÖRPERN !

NOCH IST ALSO IN DEUTSCHLAND DIE "IMMOBILIEN-BLASE" NICHT GEPLATZT.

Aber die vorg. Erscheinungen könnten sie i.Vbdg. mit der aktuellen Abkühlung des Welt-Geschäftsklimas, u.a. durch US-Sanktionen und deren Folgen bedingt, irgendwann zum Platzen bringen, nämlich dann, wenn diese zu größeren negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auch durch die digitale Revolution, führen.

Denn noch fehlt ein tragendes Zukunftskonzept unserer wirtschaftlichen und politischen Hight Society für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft und deren Finanzierung, welche möglich ist - aber nicht bei einem "Weiter so !".

Doch der Immobilien-Blasen-Förderer gibt es bereits viele, und volkswirtschaftlich schädliche Finanzderivate sind wieder auf dem Vormarsch, weil nach der großen Welt-Finanz-und-Wirtschafts-Krise leider versäumt wurde, die Finanzmärkte zu bändigen, statt nur die Banken zu retten.

Aber wenigstens die Behauptung, der BER führe zu Immobilien-Wertsteigerungen dürfte nun widerlegt sein ! Und das ist wichtig, weil er rechts - konform niemals in Betrieb gehen kann !

Davon brauchen wir also bezüglich unserer Immobilien keine negativen Auswirkungen befürchten ! Der Drang in die Städte, die €-Probleme und die weltweite Gefährdung des Finanzsystems durch unsichere Finanzderivate halten ja an !

Hoffentlich sind unsere führenden Politiker in der Lage, das Platzen einer neuen Immobilien-Blase zu verhindern, welche in der Vergangenheit zur Lehman-Brother-Pleite und danach zur Welt-Finanz-und-Wirtschafts-Krise führte !

Der Beschluß auf Betreiben der Bundesrepublik und Frankreichs, Rußland wieder im Europarat mitarbeiten zu lassen, macht Hoffnung auf eine mehr eigenständige europäische Politik a la "Europa first!".

Peter Scholl-Latour schreibt dazu in seinem Werk "Rußland im Zangengriff - Putins Imperium zwischen NATO, China und Islam", Ullstein-Verlag, 1. Aufl. von 2007, auf S.58:

"Die Gewichtsverlagerung, die durch die fatale Verblendung der Brüsseler Eurokraten und deren in Zeiten des Kalten Krieges erworbene Hörigkeit gegenüber Forderungen Washingtons entstand, könnte man wie folgt skizzieren : Zunächst setzt Washington den Beitritt der osteuropäischen Partner zum Atlantikpakt und in die von US-Generalen kommandierte NATO durch. Dann betreibt man die überstützte Eingliederung der neuen Bündnis-

Staaten in die Europäische Union, womit dieser militärische Prozeß - sehr zum Leidwesen der europäischen Haushalte - finanziell von Brüssel abgesichert werde,

Jegliche Absicht der 'alten' europäischen Kernstaaten, den kontinentalen Zusammenschluß als ein von Washington halbwegs unabhängiges Kraftzentrum zu gestalten, werde somit im Keim erstickt."

Hier entdeckt Scholl-Latour nicht nur eine weitere Finanzbelastung des€, sondern er nimmt dazu aktuelle Probleme mit den Wischegrad-Staaten schon voraus !

Und ferner sei an die Voraussage des Ex-Präsidenten der amerikanischen FED-Nationalbank, A.Greenspan erinnert, der dem € nur eine Laufzeit von 10 Jahren zubilligte - sollte diese Zeit durch die Neuaufnahme vieler wirtschaftlich rückständigerer Staaten noch verkürzt werden ? Der € ist mit dem Yuan und Yen schließlich eine Weltreservewährung neben dem US-\$ - und somit ein Konkurrent !

Der € ist nun zwar schon 20 Jahre alt - aber leider eben nicht in guter Verfassung ! Ein Abgehen vom amerikanischen Neo-Liberalismus und von der steuerlichen Spekulations-Begünstigung mit höheren Steuern auf große Vermögen und Einkommen könnte dies ändern.

Aber dazu braucht es erst einmal den politischen Willen !



- Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

#### A n l a g e n :

- A n l . 1 Rekordstand: Bau- und Landpreise steigen rasend ..., MAZ 25.Juni 2019, S.15
- A n l . 2 Immer mehr Brandenburger zieht es in die Städte .. MAZ 27.Juni 2019, S.1
- A n l . 3 Was passiert am Wohnungsmarkt ? .. , MAZ 27.Juni 2019, S.7
- A n l . 4 Blick über den Gartenzaun ... , MAZ 29./30.Juni 2019, S. IMMOBILIEN

*senkung MAZ 27.06.19, S.9*

### Zinserhöhung bringt Banken unter Druck

**Frankfurt/Main.** Die Sorge der Finanzaufsicht Bafin um die deutschen Banken wächst angesichts möglicher weiterer Zinssenkungen im Euroraum. „Unser deutsches Problem ist die mangelnde Profitabilität“, sagte der

Chef der Finanzaufsicht Bafin, Felix Hufeld, am Dienstagabend in Frankfurt. Sollte die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen weiter senken, werde der Druck auf die Finanzinstitute steigen. Die anhaltende Zinsflaute drückt die Gewinne von Banken und Sparkassen. EZB-Präsident Mario Draghi hatte jüngst eine weitere Lockerung der Geldpolitik angedeutet.